

Analyse

STANDORTFAKTOR BÜROKRATIE

Für das Funktionieren einer Wirtschaft ist ein verlässlicher Ordnungsrahmen unverzichtbar. Aus bürokratischen Regelungen ergeben sich aber auch schnell vielfältige Belastungen für Unternehmen, etwa durch Informationspflichten oder den Erfüllungsaufwand zur Befolgung von Vorschriften. Laut Befragungsergebnissen haben sich komplizierte und überbordende Regulierungen in den letzten Jahren erhöht und entwickeln sich zu einem immer stärkeren Problem. Zusammen mit den im europäischen und internationalen Vergleich ohnehin schon hohen Kosten für Arbeit und Energie in Österreich bewirken diese Belastungen, dass die Wettbewerbsfähigkeit unter Druck gerät, und Investitionen vermehrt ins Ausland verlagert werden.

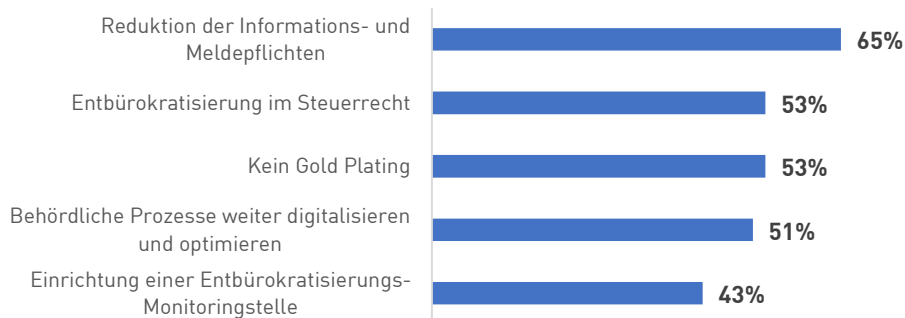
Bürokratie bindet betriebliche Ressourcen

Der WKÖ-Wirtschaftsbarometer, für den österreichweit quer durch alle Branchen und Größenklassen knapp 3.400 Unternehmen befragt wurden, zeigt: Die überwiegende Mehrheit der Unternehmer:innen gibt an, dass in ihrem Betrieb in den vergangenen fünf Jahren immer mehr Zeit (86 % der Nennungen) und immer höhere Kosten (85 %) für Bürokratie angefallen sind.

Aus der Sicht der Unternehmen ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben. Die **Reduktion der Informations-, Veröffentlichungs- und Meldepflichten** steht dabei laut WKÖ-Wirtschaftsbarometer für 65 % der Betriebe an oberster Stelle, gefolgt von der klaren Ablehnung des so genannten **Gold Plating** - also der freiwilligen Übererfüllung von EU-Vorgaben im nationalen Recht (53 %).

Ebenso viele fordern eine **Entbürokratisierung** und eine bessere **Praxistauglichkeit des Steuerrechts**. Auch aus Modernisierungsschritten in der Verwaltung sollen Erleichterungen resultieren: Jeder zweite Betrieb spricht sich dafür aus, behördliche Prozesse weiter zu digitalisieren und sie damit zu optimieren (etwa durch eine digitale Einreichung von Unterlagen oder eine digitale Ausstellung von Bescheiden).

Prioritäre Maßnahmen zur Bürokratiereduktion für Unternehmen



Quelle: WKÖ-Wirtschaftsbarometer

Bürokratie als Standortnachteil

Berechnungen von EcoAustria zeigen, dass jeder Euro, der von den Unternehmen in Österreich für Informations- und Erfüllungspflichten weniger aufgewendet werden muss, das nationale **BIP mittel- bis langfristig um 1,62 Euro erhöht**. Dafür verantwortlich ist im Wesentlichen der effektivere Einsatz von Mitarbeiter:innen und Kapitalausstattung für die eigentliche Unternehmenstätigkeit durch die Verringerung der Bürokratiekosten und -bewältigungserfordernisse.

Das [World Competitiveness Yearbook](#) 2023 des International Institute for Management Development (IMD) zeigt, dass Österreich 2023 an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat und um vier Ränge auf Platz 24 zurückgefallen ist. Eine der vier Kategorien des IMD-Rankings ist die „**Effizienz der Regierung**“. Über die Jahre hinweg hat Österreich in diesem Bereich stark an Boden verloren und belegte 2023 nur mehr den 36. Rang. Ausgehend von einer ohnehin schwachen Position hat sich Österreich auch in den zugehörigen Sub-Kategorien zuletzt weiter verschlechtert.

Effizienz der Regierung – Österreichs Platz unter 64 Ländern

2019	2020	2021	2022	2023
28	25	29	34	36

SUB-KATEGORIE	2022	2023
Öffentliche Finanzen	36	39
Steuerpolitik	58	62
Institutioneller Rahmen	24	25
Wirtschaftsgesetzgebung	32	33

Definition: „Effizienz der Regierung“: einbezogen werden u.a. der Zustand der öffentlichen Finanzen, die Fiskalpolitik der Regierung, die Steuerbelastung für Bevölkerung und Unternehmen, die Höhe der Sozialversicherungsabgaben, das in der Wirtschaft wahrgenommene Regulierungs- bzw. Bürokratieausmaß sowie die Einschätzung zur Wirtschaftsfreundlichkeit von Wirtschaftsgesetzgebung und Arbeitsmarktregulierung.

Der in [Economic Freedom of the World](#) veröffentlichte Index misst den Grad, in dem die Politik und Institutionen der jeweiligen Länder wirtschaftliche Freiheit unterstützen. Insgesamt schneidet Österreich mit **Platz 28 von 165 Staaten** gut ab, beim für Bürokratie besonders relevanten Indikator „**regulatorische Belastung**“ fällt das Ranking-Ergebnis mit **Platz 62** jedoch deutlich schlechter aus.

Fraser institute – Economic Freedom of the World: 2023 Annual Report

Gesamtindex (165 Länder)	Kategorie Regulierung und Verordnungen	Indikator Kosten der Bürokratie	Indikator Regulatorische Belastung
1. Singapur	1. Neuseeland	1. Singapur (ex aequo)	1. Singapur
2. Hong-Kong	2. Singapur	1. Malaysia (ex aequo)	2. Hong-Kong
3. Schweiz	3. Hong-Kong	1. Taiwan (ex aequo)	3. Aserbaidshan
28. Österreich	38. Österreich	23. Österreich	62. Österreich

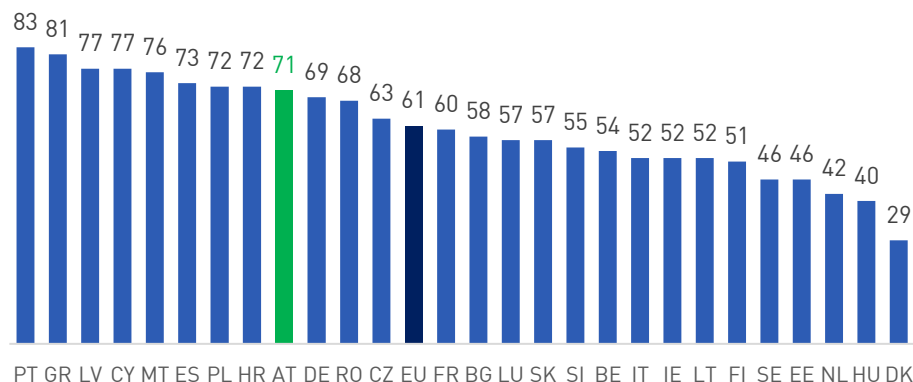
Im Vergleich dazu schneiden viele europäische Länder sowohl beim Gesamtranking als auch beim Indikator „regulatorische Belastung“ deutlich besser ab, so etwa die Schweiz (gesamt Rang 3 / Teilranking Platz 8), Deutschland (gesamt: Platz 23 / Teilranking 15. Platz), Irland (gesamt Platz 6, beim Teilranking Platz 41) oder Dänemark (gesamt Platz 7, Teilranking 46).

Bürokratie als Investitionshemmnis

Um an einem Standort zu investieren - und damit die Basis für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung zu legen -, benötigen Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen, die Rechts- und Planungssicherheit gewährleisten.

Entwickelt sich aus der stabilisierenden Wirkung von Regeln jedoch eine Überlast an regulatorischen Anforderungen, so verliert ein Standort schnell an Attraktivität und wirkt abschreckend auf potenzielle Investor:innen, wie EIB-Zahlen belegen. Ihnen zufolge sehen 71 % der Unternehmen in Österreich Regulierung als ein Hindernis für langfristige Investitionsentscheidungen. In **Österreich ist dies sogar ein größeres Problem als im EU-Durchschnitt.**

Anteil von Unternehmen, die die Regulierung im jeweiligen Land als Hindernis bei langfristigen Investitionsentscheidungen wahrnehmen in %

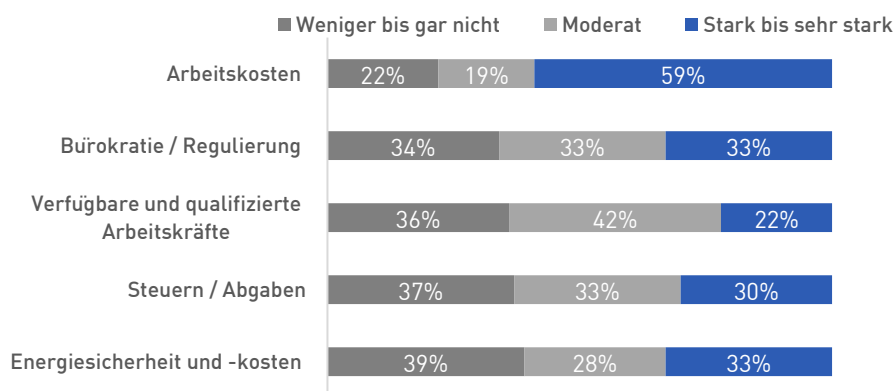


Quelle: [EIB 2023](#)

Zuviel Bürokratie führt zu Verlagerungen ins Ausland

Eine aktuelle Befragung von [Deloitte](#), an der rund 500 österreichische Industriebetriebe teilgenommen haben, belegt: Die Themen Bürokratie und Regulierung zählen zu den wichtigsten Beweggründen für Unternehmer:innen, **Investitionen aus Österreich ins Ausland zu verlagern**. Dadurch wandern wertvolle Teile von industriellen Wertschöpfungsketten ab, wodurch industrielle Ökosysteme in Breite und Tiefe geschwächt werden. Derlei Entwicklungen zeigen sich bei Unternehmen aller Größenklassen gleichermaßen. Auffällig ist, dass insbesondere Familienunternehmen Regulierung häufiger als Verlagerungsgrund angeben als Nicht-Familienunternehmen. Im Branchenvergleich wird überhöhter Bürokratieaufwand am häufigsten von der Holzindustrie (80 %) und der chemischen Industrie (78 %) als Grund für Investitionsverlagerungen in andere Länder genannt.

Diese Gründe bewegen Unternehmen zu Investitionen in anderen Ländern



Quelle: [Deloitte](#)

Effizienzpotenzial in der Verwaltung

Die zunehmende Komplexität bürokratischer Vorschriften wird nicht nur für Unternehmen und Bürger:innen zu einer ständig wachsenden Herausforderung, sondern belastet auch die öffentliche Hand, da sie selbst immer mehr Ressourcen für die Bewältigung der Bürokratie verbraucht. Im internationalen Vergleich der öffentlichen Verwaltungsausgaben liegt Österreich weit oben. Eine Analyse von EcoAustria zeigt: Die aus den Mitteln generierte Verwaltungsleistung ist im internationalen Vergleich nur mittelmäßig. Dabei weist Österreich mit **1.050 Euro pro Kopf** (ex aequo mit Norwegen) höhere **laufende Verwaltungskosten** auf als etwa die Schweiz (980 Euro) oder Dänemark (824 Euro).

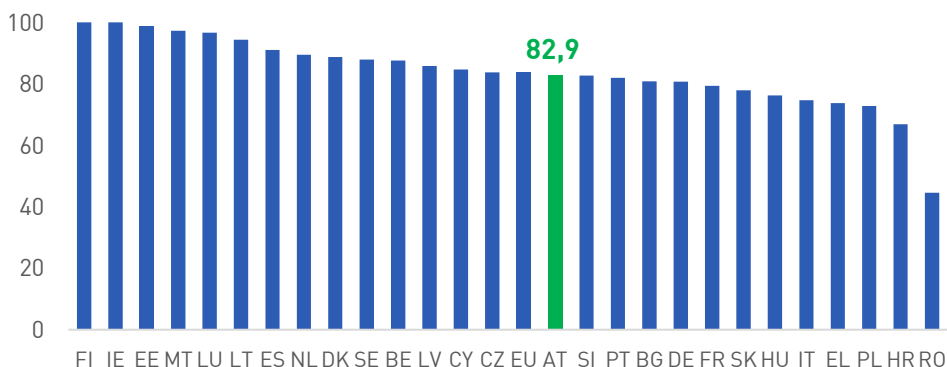
Über alle Bundesländer hinweg, so zeigen Berechnungen von EcoAustria, lässt sich in Österreichs Verwaltung ein Effizienzpotenzial von 10 % heben. Bei den gesamten Verwaltungsausgaben der Länder und Gemeinden in Höhe von knapp 10 Mrd. Euro entspricht das beinahe **1 Mrd. Euro an Einsparungspotential**, das durch mehr Effizienz in der Verwaltung realisierbar wäre.

Luft nach oben bei Digitalisierung, insbesondere bei Gründungen

Digitale Amtswege sind unabdingbar für die Modernisierung und Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung. Amtliche Prozesse und Aufgaben lassen sich hierzulande schon länger digital abwickeln, jedoch noch lange nicht durchgängig und flächendeckend. Bei internationalen Rankings zu Digital Government liegt Österreich meist im guten Mittelfeld, so etwa im [E-Government Benchmark der EU](#) (2022), wo Österreich den 13. von 35 Rängen belegt.

Punkten kann Österreich hier in den Bereichen Nutzerorientierung und Aufbereitung von mobilen Inhalten. Zu den Vorreitern in Sachen Digitalisierung hat Österreich aber noch Aufholbedarf: Beim Indikator „Digitale öffentliche Dienste für Unternehmen“ des [Digital Economy and Society Index](#) (DESI) der Europäischen Kommission reicht es für Österreich nicht für einen Platz unter den Top 10.

DESI-Indikator: Digitale öffentliche Dienste für Unternehmen



Quelle: [DESI](#)

Dieser Platz im Mittelfeld lässt sich unter anderem auf die Rahmenbedingungen für die **digitale Unternehmensgründung** zurückführen. Zwar besteht in Österreich schon seit 2017 die Möglichkeit, über die sogenannte „e-Gründung“ unternehmerisch aktiv zu werden, allerdings gilt dies nicht für alle Rechtsformen. Digital gegründet werden können derzeit Einzelunternehmen, Ein-Personen-GmbH sowie Ein-Personen-FlexKapG. Die dafür bestehende Notariatsaktspflicht soll zwar auch elektronisch durchgeführt werden können, dieser Schritt steht aber noch aus. Ausständig ist auch die Möglichkeit, den digitalen Unternehmensgründungsprozess über einen „one-stop-shop“ zu durchlaufen. Die erforderlichen Schritte sind teilweise immer noch stark fragmentiert, mehrere Behörden sind aufzusuchen.

Best Practice: Gründen in Estland

Estland gilt bei der Digitalisierung als eines der fortschrittlichsten und innovativsten Länder im europäischen Vergleich. Das gilt auch für die digitale Unternehmensgründung. Bereits seit 2007 lassen sich in Estland Unternehmen digital gründen. Und dieser Service kommt gut an: Rund 85 % der GmbH-

Gründungen werden mittlerweile online durchgeführt. Das estnische „E-Business Register“ dient dabei als „one-stop-shop“.

Bei der Wahl der Rechtsform stehen den Unternehmensgründer:innen beinahe alle Möglichkeiten offen. Und auch Gründer:innen aus anderen EU-Staaten bzw. Drittstaaten können auf das E-Business Register zugreifen, um grenzüberschreitend aktiv zu werden. Durch die Digitalisierung hat sich die durchschnittliche Dauer einer Gründung in Estland von 5 Tagen auf 2 Stunden reduziert. Der baltische Staat darf sich sogar mit einem Weltrekord rühmen: 2009 wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung in lediglich 18 Minuten und 3,5 Sekunden gegründet.

Fazit: Überbordende Bürokratie wirkt sich negativ auf die Wettbewerbs- und Wachstumsfähigkeit von Standort und Unternehmen aus. Geeignete Maßnahmen zur Reduktion der Regelungsintensität sind sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene zu treffen. Dabei gilt es, einen Weg zu einem effizienten Ordnungsrahmen zu finden, der mit einem schlanken und klaren Regelwerk die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung sicherstellt. Der Regulierungsgrundsatz „weniger ist mehr“ soll umgesetzt werden, indem Wirkungen von Bürokratie auf Wachstum und Produktivität gemonitort werden und Erfahrungen aus der Praxis bei der Abschätzung von bürokratischen Belastungen eingebunden werden.